

Neues Landesgesetz verwehrt Gemeinden Zurückgreifen auf Personaldienstleister

„Rote Karte“ für Zeitarbeiter

„Wir haben die Mitarbeiter, die der Markt braucht“, sagt Klaus Lercher, Geschäftsführer der TTI-Group mit Sitz in St. Florian bei Linz. Ein Satz, mit dem der gelernte Installateur und Spengler die Rolle der Personaldienstleister unterstreicht. 21.139 Zeitarbeiter gibt es aktuell in Oberösterreich, wo ein Landesgesetz nun dem Einsatz bei Gemeinden einen Riegel vorschiebt.

„Es ist noch sehr frisch, wir sind noch am Sondieren“, kommentiert Wolfgang Langthaler, Branchensprecher der oberösterreichischen Personaldienstleister, das neue Landesgesetz, das in der Branche für Aufsehen sorgt. „Der Einsatz von Leasingkräften in Alten- und Pflegeheimen von Gemeinden und Gemeindeverbänden ist nur in Ausnahmefällen zulässig“, heißt es da in der Passage, die den Zeitarbeitern einen Riegel vorschiebt. „Gemeinden dürfen damit keine Leiharbeitskräfte mehr beschäftigen, wir dürfen also keine Bauhof-Mitarbeiter oder Karenz-



Vertretungen mehr stellen“, sagte Langthaler beim Branchentreff am Montag in Linz. Nachsatz: „Das ist nicht tragbar.“

Von den mehr als 100.000 Zeitarbeitern in Österreich sind 21.139 in Oberösterreich beschäftigt. Die Zahl der Angestellten steigt: Derzeit sind von den Leasing-



Klaus Lercher (TTI-Group)



Wolfgang Langthaler

kräften in unserem Bundesland exakt 16.948 Arbeiter und 3565 Angestellte.

„Wir geben pro Jahr etwa 30 Prozent unserer Mitarbeiter an unsere Beschäftiger weiter, die übernommen werden. Wir sind ein wichtiger Dreh- und Angelpunkt“, so Langthaler. Sehr hilfreich war die Möglichkeit, dass

auch für die Beschäftigten der Personaldienstleister in der Corona-Phase Kurzarbeit angemeldet werden konnte. Von dem Instrument machte auch die TTI-Group Gebrauch. „Zur Spitzenzeit hatten wir 1600 unserer Mitarbeiter in Kurzarbeit“, verrät Lercher.

Barbara Kneidinger

Foto: Alexander Schwarzl

Foto: Alexander Schwarzl